



Sonnenfinsternis Die deutschen Bauern haben am Supersommer keinen Spaß – ihre Erträge brechen dramatisch ein

3.8.2018 / WirtschaftsWoche 32

Das große Theater der Bauern

Gestern Starkregen, heute Dürre – spielt das Wetter verrückt, rufen die Bauern den Staat. Keine andere Branche wird so üppig subventioniert – und schafft es gleichzeitig, die Gewinne selbst einzustecken. Mit absurden Folgen.

TEXT KONRAD FISCHER, SIMON BOOK, ISABELLA ESCOBEDO, CHRISTIAN RAMTHUN



FOTO: REUTERS/FABRIZIO BENESCH

H

ubert Rauch schaut zuerst sorgenvoll in den Himmel, dann in das Geäst seines Birnbaums. Borkig und knorrig erstreckt es sich weit in die Höhe, trotzdem

wird es die Last der Früchte bald nicht mehr tragen können. Der Landwirt zeigt auf einen prall gefüllten, spröden Ast: „Der wird bald zusammenbrechen.“ Die Trockenheit, die derzeit herrscht, macht auch ihm und seiner Frau Edeltraud zu schaffen. In vierter Generation betreiben sie den 15 Hektar großen Obsthof in Überlingen am Bodensee. Im Gegensatz zu den Getreide- und Maisbauern ist für die Rauchs das warme Wetter optimal, sollte man meinen. Und tatsächlich tragen ihre Bäume viele Früchte – zu viele sogar. Fast doppelt so hoch wie sonst ist die Ernte. Die Rauchs müssen deshalb durch die Reihen ihrer Plantage laufen, unreife Äpfel abpflücken, damit die Pflanzen sich nicht verausgaben.

Vor einem Jahr noch sah die Situation hier ganz anders aus. Warme Tage im März 2017 hatten die Knospen frühzeitig austreiben lassen. Als es Anfang April zwei Nächte fror, standen die Bäume in voller Blüte: das Todesurteil. 70 Prozent ihrer Ernte kostete manche Obstbauern der späte Frost. Damals schrien sie nach Geld vom Staat – so wie es jetzt die Ackerbauern tun. Und sie wurden erhört: Vom Land Baden-Württemberg bekamen sie Katastrophenhilfe. Rauchs etwa 30 000 Euro, immerhin 50 Prozent des Schadens. Sie mussten deshalb die Rodung und Neubepflanzung einer Plantage, die eigentlich schon 2017 fällig war, auf diesen Herbst verschieben. Auch dafür wird das Ehepaar Zuschüsse bekommen, dann von der EU. Genauso wie für die Hagelnetze, die sie 2003 installierten, weil ihnen die Beiträge für die Versicherung zu teuer wurden. Und natürlich gibt es Direktzahlungen aus Brüssel. Für jede Sorge einen Geldtopf.

Mit den Leidensgeschichten der deutschen Bauern ist es ein bisschen wie mit den Hits im Karneval: Es ändert sich der Text, aber die Melodie bleibt die gleiche. Was im vergangenen Jahr die plötzlichen Frostschäden waren, ist in diesem Jahr die große Dürre. Mindestens 20 Prozent der gesamten Ernte, so schätzt der Bauernverband, sei wohl verloren, im Norden und Osten der Republik sogar bis zu 70 Prozent. Nothilfe des Bundes sei nötig, sprach Bauernpräsident Joachim Rukwied. Eine Milliarde Euro, mindestens. Und hängte den Refrain des Ever-

greens gleich an: Für viele Landwirte gehe es jetzt um die Existenz.

Und die Politik wippt mit. Schon versprechen erste Länder wie Brandenburg Millionen. Am Dienstag trafen sie sich mit dem Bund, am Mittwoch berichtete Ministerin Julia Klöckner (CDU) im Kabinett: Bis Ende August soll nun entschieden werden, wie den Bauern diesmal zu helfen ist. Dass Geld fließt, gilt als sicher. Es wäre das zehnte Sonderprogramm für Landwirte in zehn Jahren. Seit 2009 flossen nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums 1,34 Milliarden Euro – zusätzlich zu den vielen, vielen Milliarden, welche die Landwirte jedes Jahr aus Brüssel bekommen: Knapp 40 Prozent der gesamten EU-Mittel entfallen auf den Agrarbereich.

Die Landwirtschaft ist der am höchsten subventionierte Sektor der deutschen Volkswirtschaft. Keine andere Branche, vielleicht mit Ausnahme der Banken, hat es geschafft, derart viel Betriebsrisiko zu sozialisieren – die Gewinne aber komplett selbst zu vereinnahmen. Und kein anderer Wirtschaftszweig versteht es so gut wie die Bauern, laut und immer lauter neue Staatshilfen zu fordern, zu protestieren, boykottieren und zu lobbyieren – und sie am Ende auch zu bekommen.

Von einem funktionierenden Markt kann beim Agrarsektor keine Rede sein. Stattdessen herrscht Staatskapitalismus: im Namen einer sicheren Lebensmittelversorgung, im Namen des Landschafts-, Umwelt- und Artenschutzes, auch im Namen der romantischen Vorstellung einer kleinfäuerlichen, ökologisch korrekten Landwirtschaft

– auch wenn das mit der Realität nur wenig zu tun hat. Schließlich sind es vor allem Großbauern, die vom Staatsgeld profitieren.

Carina Konrad nennt sich Landwirtin, aber eigentlich ist sie ein wandelnder Widerspruch: Subventionsempfängerin und FDP-Politikerin. 2005 hat sie den Hof ihrer Eltern im Hunsrück übernommen, ihr Mann brachte noch ein paar Hektar ein, und so entstand ein florierender Betrieb: Rindermast und Getreideanbau sind die Schwerpunkte, den größten Teil der rund 300 Hektar bewirtschaftet die Familie selbst. „Natürlich beziehen wir EU-Subventionen, so wie andere Bauern auch“, sagt sie. Warum sie 2015 aber ausgerechnet in die Partei des freien Marktes eingetreten ist? Die einzige, die einem „unternehmerischen Erfolg gönnt“.

Gelohnt hat sich das spätestens im vergangenen Jahr. Da zog sie in den Bundestag ein, das Familienunternehmen hat jetzt eine dritte Ertragssäule. Marktwirtschaft hin oder her, die Politikerin Konrad tut als stellvertretende Vorsitzende des Agrarausschusses seitdem genau das, was von einer Landwirtin im Bundestag zu erwarten war: Subventionen für Bauern verteidigen. „Die Landwirtschaft leistet einen wichtigen gesellschaftlichen und ökologischen Beitrag, es ist daher gerechtfertigt, dass sie auch staatlich unterstützt wird“, sagt sie.

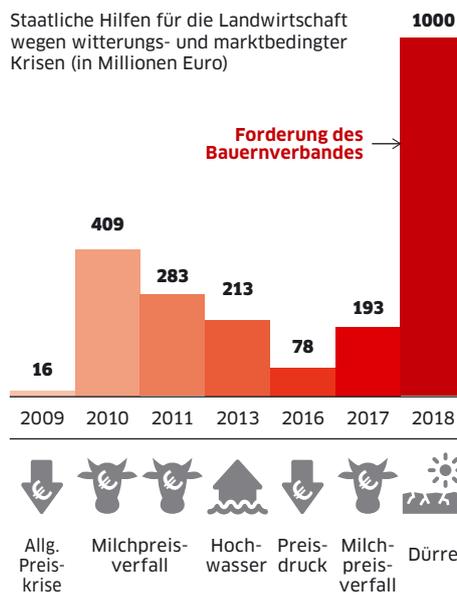
Geld für alle – und für alles

Insgesamt wendet die EU pro Jahr mehr als 50 Milliarden Euro für den Agrarsektor auf, es ist der alles überragende Posten im Brüsseler Budget. Und er wird vor allem von Deutschland und Frankreich mit Inbrunst gegen alle Reformen verteidigt (siehe Kasten Seite 19). 6,5 Milliarden fließen jährlich an heimische Landwirte. Auch Großbauern wie ihr Präsident Rukwied, der im Landkreis Heilbronn mehrere Hundert Hektar Land bewirtschaftet, bekommen dieses Geld: Zuletzt waren es bei ihm 83 000 Euro EU-Hilfen. Allein die Basisprämie – bei Rukwied immerhin fast 50 000 Euro – dient dabei explizit auch der „Risikoabsicherung“. Damit wären Klimarisiken eigentlich abgedeckt.

Hinzu kommen unzählige kleinere Unterstützungen. Mit 100 Millionen Euro im Jahr fördert etwa der Bund die Unfallversicherung für Bauern, 2,2 Milliarden fließen in die landwirtschaftliche Rentenversicherung, mit 1,5 Milliarden wird ihre Krankenversicherung gepampert. Auf landwirtschaftliche Versicherungen wird nicht die übliche Steuer von 19 Prozent fällig, stattdessen werden nur 0,3 Promille der Versicherungssumme bezahlt. Insgesamt kommen so noch einmal gut 4,9 Milliarden Euro im Jahr zusammen. ▶

IRGENDWAS IST IMMER

Staatliche Hilfen für die Landwirtschaft wegen witterungs- und marktbedingter Krisen (in Millionen Euro)



Quelle: BMEL



FOTO: CHRISTOPH MACK FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE; ICONS: ELISABETA, ADRIEN COCQUET, ZIDNEY

Seltenes Exemplar Volker Rosin ist Bauer – und lehnt alle Subventionen strikt ab



Perfekte Bedingungen Familie Rauch steht vor einer Rekord-Obsternte – und bekommt dennoch Geld vom Staat

Zudem haben Bauern in Deutschland Zugang zu einem eigenen Förderinstitut: Bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank gibt es vergünstigte Kredite für Investitionen, Junglandwirte, den Betriebsübergang und die Umwandlung von Flächen in Grünland. Selbst für Ernteausfälle wie jetzt gibt es ein eigenes Sonderprogramm zur Liquiditätssicherung.

Mit diesem bunten Subventionskessel reist Christian Bock nun seit ein paar Tagen quer durch die Republik. Bock leitet bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank das Fördergeschäft. Je weiter er nach Nordosten komme, „desto schlimmer wird es“, sagt Bock. Schon im Juni hat die Bank ein neues Programm mit Liquiditätskrediten aufgelegt. Hat ein Bauer große Ernteausfälle zu verzeichnen oder muss Futter teuer einkaufen, kann er sich registrieren lassen. Das Volumen: „Im Prinzip unbegrenzt“, sagt Bock. Die Konditionen: attraktiv. Nur ein Prozent Zinsen verlangt Bock für den Notkredit, bei einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren. Die Bundes-Ausfall-Garantie macht's möglich.

Trotz solcher Spezialangebote rufen die Bauern auch im Sommer 2018 mal wieder nach dem Staat, plädieren auf nicht schuldig wegen: höherer Gewalt. „Wer so eine existenzbedrohende Erfahrung nicht selbst gemacht hat, kann nicht nachvollziehen, was die Bauern da gerade erleben“, sagt Landwirtin und Politikerin Konrad. Sie will

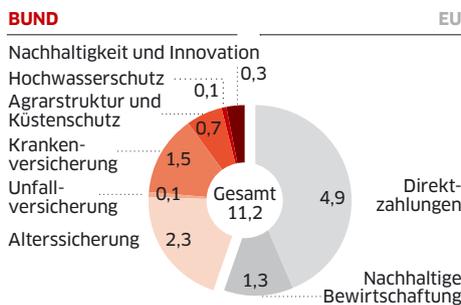
daher für die Einführung einer steuerfreien Risikorücklage kämpfen, um den Bauern die Gelegenheit zur Vorsorge zu geben. Ähnliches fordert auch der Bauernverband, der sein Konzept „Ausgleichsrücklage“ getauft hat.

Keine Hilfe ist auch eine Lösung

Dabei ist das eine FDP-Idee der ganz alten Mövenpick-Schule. Denn erstens würden solche Rücklagen nach übereinstimmenden Studien nur den ohnehin gut verdienenden Landwirten helfen, ihre Gewinne über mehrere Jahre zu strecken. Und zweitens ist eine ähnliche Begünstigung längst beschlossen: Eine „mehrjährige Gewinnglättungsregelung“ soll es den Landwirten über drei Jahre hinweg ermöglichen, gute mit schlechten Betriebsergebnissen zu verrechnen und so den Steuersatz zu drücken, so das Landwirtschaftsministerium. Einziger Haken: Die EU-Kommission fürchtet eine unlautere Beihilfe. Die schon beschlossene Steuererleichterung liegt deshalb seit an-

JEDEM SEIN TÖPFCHEN

Subventionen für die Landwirtschaft in Deutschland 2018 (in Milliarden Euro)*



* Auswahl; Werte gerundet; **Quelle:** BMEL, Bauernverband

derhalb Jahren auf Eis, bis Brüssel die Prüfung abgeschlossen hat. Dass sie am Ende kommen wird, ist kein Geheimnis in Berlin.

Da klingen die Vorschläge von Stephan von Cramon-Taubadel deutlich konstruktiver – und radikaler. „Der Strukturwandel in der Landwirtschaft würde sich nur wenig verändern, wenn man morgen alle Subventionen abschaffte“, sagt er. Er ist Professor für Agrarökonomie an der Universität Göttingen und bezieht sich vor allem auf die Direktzahlungen der EU. Denn die hängen bis dato allein von der landwirtschaftlichen Fläche ab: Je größer ein Betrieb ist, desto mehr Geld bekommt er. Vor allem aber lande die Förderung immer beim Landbesitzer, so der Forscher. Mit der Legende vom bedürftigen Bauern gelte es jedenfalls aufzuräumen: „Die meisten Landwirte in Deutschland gehören nicht zu den bedürftigen Einkommenschichten“, sagt er. Von Cramon-Taubadel sieht das schon an seinen Göttinger Studenten: Es sei nicht die Existenzangst, die Betriebe zum Aufgeben brächte, sondern „ein nüchterner Vergleich mit den Verdienstmöglichkeiten in anderen Sektoren“.

Der Bauer – ein Unternehmer?

Die meisten Landwirte bewirtschaften heutzutage nicht nur Land oder Vieh, sondern haben in Tourismus und Direktvermarktung von Fleisch, Obst und Gemüse investiert. Vor allem aber sind Abertausende von ihnen zu Energiewirten mutiert, erzeugen über Windmühlen, Solarfelder und Biogasanlagen Strom, den sie zu lukrativen Preisen ins öffentliche Netz einspeisen, oder verpachten ihr Feld an Betreiber solcher Anlagen. Allein die Investitionen des Agrarsektors in erneuerbare Energien belaufen sich seit 2009 auf knapp 25 Milliarden Euro. Finanzängste sehen anders aus.

Zu allem Überfluss entsteht so auch noch ein Klumpenrisiko für Landwirte – und Staatskasse. Denn um die Biogasanlagen zu befüllen, braucht es kontinuierlich Nachschub. Schon heute gibt es in Niedersachsen Landstriche, in denen zur Hälfte ausschließlich Mais angebaut wird, um daraus Strom und Biodiesel zu erzeugen. Längst wurde dafür die Fruchtfolge geopfert – und auch die Regel, nicht zwei Jahre hintereinander dieselben Pflanzen auszusäen. Dafür steigt der Einsatz von Düngemitteln. Die Folge: Böden laugen aus, sind weniger widerstandsfähig – und können weniger Wasser für trockene Perioden speichern.

Wenn Horst Gömann derzeit durch die Lande fährt, dann ist er hin- und hergerissen. Einerseits leidet er, Abteilungsleiter bei der Landwirtschaftskammer Nordrhein-

Die ewigen Profiteure

Die Bauern-Beihilfen sind der älteste Subventionsposten des EU-Haushalts. Durch den Brexit müssen nun alle sparen – nur die Landwirte nicht.

TEXT SILKE WETTACH

Landwirte sind die größten Profiteure des EU-Haushalts. Knapp 40 Prozent der EU-Mittel fließen in der laufenden Haushaltsperiode, also bis zum Jahr 2020, in den Agrarbereich. Die Hilfe ist eine der ältesten der Europäischen Union: Aufgrund von Nahrungsmittelknappheit nach dem Krieg, sorgten sich die Gründer der EU um die Versorgungssicherheit. Seit 1957 spielt die Agrarpolitik eine Hauptrolle in Brüssel. Europa, damals ein Nettoimporteur von Lebensmitteln, sollte unabhängig von Produzenten in Übersee werden. Außerdem wollten die Politiker Bauern zu einem „angemessenen Lebensstandard“ verhelfen, wie es im EU-Vertrag heißt.

Seither ist der Agrarsektor zwar stark geschrumpft und macht mittlerweile nur noch 1,5 Prozent der Wertschöpfung in der Europäischen Union aus. Doch die Subventionen sind längst nicht im selben Maße zurückgefahren worden. Selbst im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU, der wegen des Brexits deutlich schrumpfen muss, sollen sie nur unterdurchschnittlich abgeschmolzen werden. Haushaltskommissar Günther Oettinger unterbreitete im Frühjahr dazu einen Vorschlag: Von 2021 bis 2027 will er die Agrarbeihilfen auf unter 30 Prozent der EU-Mittel senken. Real würden die Subventionen um 15 Prozent sinken.

Selber Flieger – selbes Interesse

Prompt hagelte es Protest: „Für uns ist es wichtig, dass es zu keinen Kürzungen in der Landwirtschaft kommt“, sagt Europas oberster Bauernvertreter, Joachim Rukwied, in Personalunion Präsident des Deutschen Bauernverbands. Stattdessen würde man sich „über eine Ausweitung“ freuen. Rukwied argumentiert, dass der Populismus in Europa zunehme und die EU deshalb gut daran täte, die ländlichen Räume zu stärken.

Rukwied hilft dabei die Verbundenheit zu Oettinger. Der Bauernfunktionär hat seinen Hof in Eberstadt bei Heilbronn. Auf dem Weg von Brüssel sitzen die beiden schon mal in derselben Maschine nach Stuttgart. „Da kann man fünf Sätze austauschen“, sagt Rukwied. Bislang war das selten zum Nachteil der Bauern.

Im Kampf gegen Kürzungen hat die Agrarlobby bereits mächtige Alliierte gefunden. Die große Koalition in Berlin schließt Einschnitte explizit aus: „Wir streben eine Haushaltsausstattung im bisherigen Volumen auf EU-Ebene an“, heißt es etwa im Koalitionsvertrag. Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) lehnte den Vorschlag zu den Kürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in einer gemeinsamen Erklärung mit ihrem französischen Kollegen Stéphane Travert explizit ab. „Wir fordern, dass das Budget für die GAP auf dem derzeitigen Stand mit 27 Mitgliedstaaten aufrechterhalten wird“, heißt es darin. Eine Kürzung sei weder mit den gestiegenen Umwelt- und Klimazielen vereinbar noch mit den „zunehmenden gesellschaftlichen Erwartungen gegenüber dem Agrarsektor“.

Ihr französischer Kollege Travert hatte zuvor schon eine Koalition mit Spanien, Irland, Portugal, Finnland und Griechenland geschmiedet, die sich gemeinsam gegen Kürzungen wehren. Sie alle sind Nettoempfänger der GAP, ihr Anteil an den Auszahlungen ist größer als ihr Anteil an den Haushaltsbeiträgen. Frankreich und Deutschland indes hätten ein Interesse, die Agrarförderungen abzuschmelzen, weil sie dafür überproportional Geld in die EU-Kasse einzahlen müssen. Allerdings müssten sich beide Regierungen dafür mit den Bauern anlegen – worauf sie keine Lust haben. Über die kommende EU-Finanzplanung werden die EU-Mitgliedstaaten wahrscheinlich erst 2020 entscheiden. Harte Einschnitte bei den Bauern wären eine große Überraschung.

50

Milliarden Euro wendet die Europäische Union jedes Jahr auf, um den Landwirten des Kontinents zu helfen. Ob das etwas bringt, ist unstritten. Dennoch wird weiter gezahlt

Westfalen, mit seinen Kunden, den Bauern, denen da die Quartaleinnahmen verdörren. Andererseits sagt er: „Für Bodenexperten ist das ein Fest!“ So klar wie jetzt könne man sonst nie erkennen, wie gut oder schlecht die Flächen eigentlich bewirtschaftet seien. Gömann nutzt so jede Möglichkeit, um mit Drohnen die Felder im Rheinland abzufliegen. Was er auf den Bildern von Maisfeldern und Rübenkulturen erkennt, lässt ihn am hilflosen Bauern zweifeln. „Der Humusgehalt des Bodens unterscheidet sich oft innerhalb kleinster Regionen massiv“, sagt er.

Je mehr Humus der Boden aber enthält, desto besser kann er Wasser speichern – und desto weniger hart trifft ihn derzeit der ausbleibende Regen. „Die Bauern können sich also durchaus gegen Trockenheit wappnen“, sagt Gömann. Das hieße: zielgerichteter pflügen, anders düngen und im Zweifel auch andere Pflanzen anbauen.

Nur muss er davon erst mal die Landwirtschaftsminister in Düsseldorf, Berlin und Brüssel überzeugen. Denn: Jede Subvention verringert den Anreiz für die Bauern, solche Schritte zu gehen. Wenn in guten Zeiten die riskanteren Kulturen den größten Ertrag bringen und in schlechten Zeiten der Staat zur Hilfe kommt – warum sollte der Bauer überhaupt etwas riskieren?

Versichern oder spekulieren

Gömann hat das schon vor drei Jahren problematisiert, damals noch beim bundeseigenen Thünen-Institut. „Extremwetterlagen und Möglichkeiten des Risikomanagements“ betitelte er die Studie. Ergebnis: Der Klimawandel könne dazu führen, dass bestimmte Kulturen schlicht nicht mehr wettbewerbsfähig seien. „Gegen solche Entwicklungen anzuschubventionieren ist wenig Erfolg versprechend“, so sein Fazit.

Geändert hat sich seitdem nichts. Stattdessen forderte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Vereinigung der Biobauern, diese Woche: eine neue Subvention. Diesmal als Anreiz für vielfältigere Fruchtfolgen, die auch klimaschonender seien. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, für die es keine Subvention bedürfte. Doch Biooberlobbyist Martin Schulz fuhr groß auf, forderte die Bundesregierung auf, den Klimawandel ernst zu nehmen und ein „ambitioniertes Tierschutz-Label“ auf den Weg zu bringen. Schließlich trügen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie 20 Prozent zu den CO₂-Emissionen bei – und damit zum Klimawandel. Die Politik müsse daraus endlich „Lehren ziehen“.

Bauer Volker Rosin hat das längst getan. Als er um kurz nach acht Uhr früh sein gro-

ßes Holztor aufsperrt, ist der Radiosprecher gerade beim Bauernpräsidenten angekommen. Eine Milliarde Euro! Rosin schüttelt den Kopf. „Wofür denn? Es fehlt doch maximal ein Gewinn, das kann doch nicht existenzbedrohend sein“, schimpft Rosin. Er indes, mit seinen zehn Hektar Land, mit dem bisschen Getreide, dem Mais, den Erdbeeren, dem Spargel und den Kartoffeln? Mit den 26 Schweinen, zwei Rindern, den paar Gänsen und Hühnern? Will damit nichts zu tun haben, nimmt kein Geld, weder vom Bund, noch vom Land oder von der EU. Nicht zu normalen Zeiten – und auch nicht jetzt. Obwohl doch die seit Wochen andauernde Hitze im brandenburgischen Pechüle



Keine Alternative? Landwirtschaftsministerin Klöckner (CDU) prüft Hilfen

auch die Hälfte seines Getreides verbrannt hat. Rosin hält sich stattdessen an eine alte Regel: „Der Bauer hat drei Ernten“, sagt er. „Eine im Speicher, eine auf dem Feld, eine auf dem Konto.“ Solange man das beherzige, brauche man kein Geld vom Staat.

Dafür, dass die aktuelle Krise die Bauern in Deutschland angeblich so hart trifft, gibt es jedoch einen weiteren Grund: Die wenigsten von ihnen sind gegen Dürreschäden versichert. Nach Angaben der Vereinigten Hagel, Marktführer bei landwirtschaftlichen Versicherungen, sind in Deutschland 5,2 Millionen Hektar Land gegen Schäden wie Frost und Starkregen geschützt, aber nur 500 Hektar gegen Dürre. Das liegt auch an der Systematik der Versicherung. Während bei Sturm oder Starkregen die kompletten Schäden ersetzt werden, ist der Schutz ge-

gen Dürre indexiert: Der betroffene Bauer bekommt nur die Differenz zur regionalen Durchschnittsernte ausgezahlt, nicht seinen tatsächlichen Verlust.

Man könne, leider, leider, „keine Schadensversicherung zu einem wettbewerbsfähigen Preis anbieten“, sagt Daniel Rittershaus von der Vereinigten Hagel. Denn Deutschland bezuschusse die Prämien für derlei Policen nicht, anders als viele europäische Nachbarstaaten. Und ohne Subvention läuft offenbar nichts. In den Niederlanden etwa oder in Italien setze die Vereinigte Hagel ähnlich viele Dürreschutzverträge ab wie gegen Starkregen oder Sturm. Um hierzulande eine ähnliche Schutzquote zu erreichen, müsse der Staat – natürlich – helfen: mit rund 200 Millionen Euro im Jahr.

Viel Geld, aber ein Bruchteil dessen, was derzeit an Direktzahlungen fließt. Nur: Wer Versicherungen bezuschusst, belohnt die Landwirte dafür, dass sie Risiken eingehen, die sie sich eigentlich nicht leisten können.

Der marktgläubige Bauer Rosin in Brandenburg hält davon nichts. Er hat einen anderen Weg gefunden, um sich vor Unbill zu bewahren: Sparen, bis die Achse bricht. Als Rosin über seinen etwas unordentlichen Hof führt, begegnet ihm die Gänsefamilie, ein paar Schweine suchen hinter einem alten Pflug Schatten. Die Maschine ist keineswegs ausgerangiert. Rosin bestellt damit sein Land. Besonders der rostrote Traktor hat es ihm angetan: „Ein 60 Jahre alter Belarus“, sagt er. „Sieht aus wie Schrott, zieht aber wie Hölle.“ Vor allem habe das Ding keine Elektronik, die kaputt gehen könne.

Es ist das Überlebensmotto des 36-jährigen gelernten Kfz-Mechanikers: Was er nicht selbst erledigen kann, lässt er bleiben. Er betreibt eine eigene Schlachtereie, vermarktet Obst, Gemüse und Fleisch direkt. Seine Kunden kommen aus der Umgebung: Potsdam liegt um die Ecke, nach Berlin ist es eine Stunde. „Wenn ich ein Schwein an die Industrie verkaufe, bekomme ich 30 Euro dafür. Wenn ich selbst schlachte und die Einzelteile hier anbiete, mache ich locker 300“, sagt er.

Tatsächlich aber ist seine Art zu wirtschaften auch eine auf Verschleiß: Wenn ein Hitzesommer wie dieser nicht die Ausnahme ist, sondern zur Regel wird, kommt seine Drei-Jahre-Bauernregel an ihr Ende. Während seine Kollegen dann um die nächste Nothilfe bitten könnten, bliebe Rosin wohl nichts anderes übrig, als seine Produktpalette zu verändern oder eben Land zu verkaufen, um flüssig zu bleiben.

Es wäre das, was man Marktwirtschaft nennt. Noch ist es aber eine ferne Utopie. ■